

Aus Bund und Ländern

Kroatien benötigt Medikamente und Lebensmittel

KÖLN. Trotz der Annahme des EG-Friedensplans in Belgrad scheint ein Ende des Konflikts in Jugoslawien noch weit entfernt. Aufgrund des Krieges, aber auch wegen der wirtschaftlichen Krise ist nach Angaben der Deutsch-Kroatischen Vereinigung die medizinische Grundversorgung der Bevölkerung praktisch nicht mehr gewährleistet. Es fehlen lebensnotwendige Medikamente, medizinisches Material und Geräte, Säuglingsnahrung, Notfallausrüstungen sowie Fahrzeuge zur Rettung und Bergung von Verletzten.

▷ Deshalb wird um Sachspenden und um finanzielle Hilfe gebeten. Die Medikamente werden von Stuttgart aus mit dem Flugzeug der kroatischen Luftgesellschaft unentgeltlich nach Zagreb transportiert. Die weitere Verteilung der Spenden an die Krankenhäuser gewährleistet das Gesundheitsministerium.

Sachspenden (Medikamente und medizinisches Material) können an die Spedition Beck GmbH, Raiffeisenstraße 25, W-7024 Filder-

stadt-Bonlanden, geschickt werden. Die Spendenkonten lauten: Commerzbank, Konto 8 788 077, BLZ 600 400 71 oder Dresdner Bank, Konto 2 337 800, BLZ 600 700 00, Kennwort: Humanitäre Hilfe für Kroatien.

Die kroatische Hilfsorganisation „Pro Patria“ steht in Verbindung mit der Caritas in Zagreb, die dort die ordnungsgemäße Verteilung von Lebensmitteln und Medikamenten überwacht. – Hier das Spendenkonto: Caritasverband für die Stadt Gelsenkirchen e. V., Stadtparkasse Gelsenkirchen, Konto Nr. 101 070 586, BLZ 420 500 01, Kennwort: Kroatien-Hilfe „Pro Patria“.

Die kroatische Ärztegesellschaft weist in einem Friedensappell besonders auf das Elend der Bevölkerung hin. In den kroatischen Krankenhäusern lägen zahllose Verwundete – Kinder, Frauen, alte und hilflose Menschen. Die Ärzte würden in ihrer Arbeit behindert, sie würden beschossen und gefangengenommen und nicht selten sogar als Geiseln benutzt.

Wer sich über die kroatische Hilfsorganisationen im einzelnen informieren möchte, kann sich mit Marica Jüttner, Hülsener Straße 26, W-4650 Gelsenkirchen-Buer, Telefon 02 09/39 08 76 in Verbindung setzen. Kli

Transparenzlisten können erscheinen

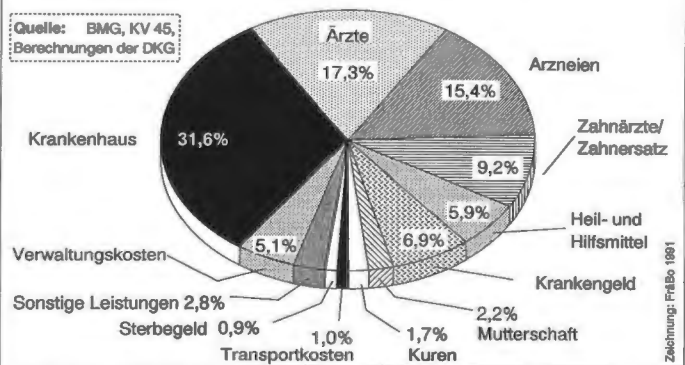
BERLIN. Die Transparenzlisten der Transparenzkommission zu den Bereichen „Koronare Herzkrankheiten“ und „Herz-Rhythmusstörungen“ werden in diesen Tagen im Bundesanzeiger abgedruckt. Darauf hat das Bundesgesundheitsamt (BGA) hingewiesen. Die Listen sollen Ärzten den Vergleich der Therapiekonzepte und der täglichen Behandlungskosten erleichtern. Genehmigt hat die Veröffentlichung das Oberverwaltungsgericht Berlin. Zuvor hatten zwei pharmazeutische Firmen nämlich das Erscheinen der Listen zu

blockieren versucht. Das Gericht urteilte jedoch, daß die Transparenzkommission mit ihren Kostenvergleichen die Grenzen der Beurteilungsmächtigung nicht überschreite und keine falschen Wertmaßstäbe anlege.

Die Kommission setzt sich aus 16 Sachverständigen zusammen, die von der Bundesgesundheitsministerin ernannt werden. Sie kommen laut BGA aus dem Kreis der Krankenversicherung, der Ärzteschaft, der Arzneimittelhersteller, der Apothekerschaft und der Verbraucherorganisationen. EB

Gesamtausgaben der GKV 1990

Aufteilung nach Leistungsbereichen in Prozent



Eine Auswertung der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) zeigt, daß der Leistungsbereich Krankenhaus mit einem Volumen von 44,54 Milliarden DM und 31,6 Prozent Anteil an Gesamtausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) vordergründig den größten Ausgabenblock darstellt. Dem stehen aber 67,47 Milliarden DM (47,8 Prozent aller GKV-Ausgaben) des ambulanten Bereichs gegenüber. Die getrennte Darstellung des ambulanten Bereichs und die Zusammenfassung aller stationären Ausgabenarten unter dem Block „Krankenhauspflege“ vermitteln den Eindruck, die Krankenhauspflege wäre der größte Ausgabensektor. DKG

GOÄ/Ost: Vergütungen werden angehoben

BONN. Zum 1. Oktober 1991 werden die Vergütungen nach der Gebührenordnung für Ärzte, der Gebührenordnung für Zahnärzte und nach der Hebammenhilfe-Gebührenverordnung im Gebiet der fünf neuen Bundesländer von bisher 45 Prozent auf 60 Prozent des westdeutschen Gebühren-Niveaus angehoben. Dies sieht die 1. Verordnung zur Anpassung der Höhe der Vergütungen für die Leistungen, die bei Privatbehandlung im Beitrittsgebiet erbracht werden, vor. Inzwischen hat der Bundesrat der Verordnung zugestimmt, so daß die Bundesverordnung zum 1. Oktober in Kraft treten kann.

Ausschlaggebend war, daß sich die Lebens- und Einkommensverhältnisse in den fünf neuen Bundesländern seit Herbst vergangenen Jahres wesentlich geändert und auch die Bezugsgrößen im Vergleich zu den Vergleichswerten im alten Bundesgebiet erhöht haben. Rechnerisch

werden durch die Anhebung die Privatliquidations-Einnahmen von privat behandelnden Ärzten und Zahnärzten in den fünf neuen Bundesländern um 33,3 Prozent erhöht. Weil der Privatpatienten-Anteil hier noch relativ gering ist, sind die Auswirkungen im Einzelfall auf das Gesamteinkommen der niedergelassenen Ärzte und Zahnärzte in den neuen Bundesländern noch gering. EB

Zeitzeugen einer Kundgebung gesucht

MÜNCHEN. Am 13. Januar 1943 fand im Deutschen Museum, München, eine Kundgebung statt, auf der Gauleiter Gießler sprach. Für eine Dokumentation über die Studentenunruhen 1943 in München werden Zeitzeugen gesucht, die an der Kundgebung teilgenommen haben. Wer sich an die Rede oder an die nachfolgenden Ereignisse erinnert, möchte sich bitte melden bei: Pastor em. Rudolf Wentorf, Schafbreite 3, W-2411 Seedorf. EB